

Erinnern wir den Bundesrat an seinen Auftrag!



Politik via Nationalbank scheint verlockend, jedenfalls für all jene, die ungehemmt und ungehindert bestimmen wollen, ohne die lästigen Hemmnisse der Demokratie beachten zu müssen. Denn Politik via Nationalbank können die

Stimmberechtigten aussen vor gelassen werden.

Wer Wirtschaftspolitik über die Nationalbank betreibt, macht dies ausserhalb von Verfassung und Gesetz. Wirtschaftspolitik schiebt der Nationalbank eine komplett veränderte Rolle zu, welche keinerlei demokratische Abstützung findet, weil es eben Politik am Volk vorbei ist. Dennoch wollten Johann Schneider-Ammann und Eveline Widmer-Schlumpf die Nationalbank an die Kandare nehmen (*Der Sündenfall*, Weltwoche Ausgabe 10/2015), weil sie jetzt vor der Herausforderung stehe, die Aufwertung des Frankens in Grenzen zu halten. Wie dem Aussprachepapier «Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen angesichts der Frankenstärke» entnommen werden kann, müsse der Bundesrat mit regelmässigeren und intensivierten Aussprachen mehr Einfluss auf die Entscheide der Nationalbank gewinnen. Ziel müsse sein, «die Geldkonjunktur und die allgemeine Wirtschaftspolitik inhaltlich und kommunikativ zu koordinieren» (Tagesanzeiger 04.03.2015).

Sie haben richtig verstanden: Auf höchster Ebene laufen ernsthaft Bemühungen, Wirtschaftspolitik an Volk und Parlament vorbei via Nationalbank zu betreiben. Nicht dem dazu demokratisch legitimierten Parlament sollte der

wirtschaftspolitische Auftrag erteilt werden, unsere Exportwirtschaft vor den Folgen der Frankenstärke zu schützen. Unerhört! Für diese weitreichenden Massnahmen, die uns alle massiv getroffen hätten, nicht nur für irgendwelche Lappalien, sollten Parlament und Volk aussen vor gelassen werden. Welch arrogant überhebliche Geringschätzung des Souveräns kommt da zum Ausdruck!

Keinerlei Entschuldigung für diesen Sündenfall kann es geben, dass die von vielen noch immer bewunderte EU mit absolut schlechtem Beispiel vorangeht. Bekanntlich hat die Europäische Zentralbank (EZB), unbeeindruckt von massiven Protesten vieler engagierter Bürger, gegen diese demokratisch nicht legitimierte Wirtschaftspolitik der EZB, mit Mega-Anleihekäufen von monatlich 60 Milliarden Euro begonnen, um damit angeblich die Konjunktur anzutreiben und Deflationsrisiken zu bekämpfen. Von der EZB alles nur vorgeschoben widerspricht Fiduka-Börsenexperte Gottfried Heller: «Der einzige Sinn des Programms ist es, den Euro so weit zu schwächen, dass die Südländer und insbesondere Italien ohne eigene Anstrengungen aus ihrer Misere kommen.»

Die 1,14 Billionen Euro, die vorerst dafür vorgesehen sind, übersteigen nicht nur unsere Vorstellungskraft, sondern bei weitem auch die Wirtschaftskraft der gesamten EU, so dass eine Unmenge ungedeckter Euros in Umlauf kommen. Was dies – auch für die von der Schweiz gehaltenen Euros – bedeutet, kann sich jeder selber ausmalen. Wie unverschämt wird unter diesem Aspekt, der ohne Rücksprache mit dem Souverän vom Bundesrat in Erwägung gezogene erneute Mindestkurs gegenüber dem

Euro (vgl. Aussprachepapier). Eine EU, welche einer «marktkonformen Demokratie» das Wort redet und die Wettbewerbsfähigkeit für Kinder und Enkel (Angela Merkel) anstatt Demokratie erhalten will, kann für uns bestenfalls abschreckendes Beispiel sein. Aber sicher nichts, nach dem sich Bundesrat und Eidgenossenschaft ausrichten können, ohne unserer echten direkten Demokratie einen irreparablen Schaden zuzufügen.

Mehr direktdemokratische Mitsprache ist angezeigt, und nicht Schutz der Interessen der gerne als «Finanzmärkte» umschriebenen Spekulanten, der Gross- und Investmentbanken und Hedge-Fonds, welche – wie das Aussprachepapier des Bundesrats deutlich zeigt – auch unsere schweizerische politische Agenda allzusehr bestimmen. Nicht der Börsenkurs darf Gradmesser sein, sondern was der Souverän, was wir Bürgerinnen und Bürger wollen. Der Bundesrat wird gut tun, sich an seinen Auftrag zu erinnern: Die Freiheit und die Rechte des Volkes schützen und die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes wahren!

Und wir Bürgerinnen und Bürger – damit sind auch Sie gemeint – werden gut tun, uns zu überlegen, was wir angesichts dieser arroganten Übergriffe zu unserem Schutz unternehmen wollen.

VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER

Dr. Markus Erb, Präsident

Ein Wirtschaftssystem, das dem Gemeinwohl dient.

Für impulsuelle.ch
René Machu und Ruth Frei, Wettingen

Die Druckversuche auf die Schweiz durch die EU und die USA haben massiv zugenommen. Verständlicherweise geht die Angst um, wie sich unser Land in diesem Umfeld zukünftig behaupten kann. Es geht den Klägern gegen Steuerhinterziehung, nicht um Moral oder Gerechtigkeit. Während der Kasinokapitalismus in Steueroasen wie Delaware (USA), den Kanal-



inseln (GB) und in der Karibik weiterhin unreguliert operiert, wird der Schweizer Finanzplatz geopfert. **Die ethischen Fragen, welche den Finanzplatz Schweiz betreffen, sind Sache der Schweizer Bevölkerung.** Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sollen gemäss ihrem Gewissen im Rahmen unserer demokratischen Strukturen entscheiden, wie unser Finanzplatz reguliert werden soll. Fremde Staaten oder internationale Organisationen haben hier nichts zu sagen.

Was uns bevorsteht

Der Kollaps des weltweiten Finanzsystems ist bereits in vollem Gang. Dies zeigen nicht nur die desolater Lage in vielen Ländern Südeuropas und die eskalierende Krise des Euro. Auch die durch staatliche Bankenrettungen (bail-out) **massiv gestiegenen Staatsschulden** sowie die inflationäre Geldmengenvergrößerung durch die Federal Reserve FED (USA), die Europäische Zentralbank (EZB), aber auch die Schweizer Nationalbank sind besorgniserregend. Die eigentliche Gefahr für das Finanzsystem stellt jedoch die **astronomische Derivatblase** dar.

Laut Jacques Attali, dem ehemaligen Präsidenten der EZB, hatten die ausstehenden Derivate, rein spekulative Produkte, mit anderen Worten Wettschulden ohne jegliche Wertschöpfung, im Jahr 2010 ein Volumen von annähernd 1.5 Billionen Dollar erreicht. Wenn diese Blase platzt, wie die IT-Blase im Jahre 2000 und die Immobilienblase von 2008, haben wir den weltweiten Wirtschaftskollaps.

Was wir wollen

Die Realwirtschaft ist das ökonomische Rückgrat einer jeden Gesellschaft. Ihre Funktion ist es, für Arbeitsplätze, Wertschöpfung, technischen Fortschritt und eine ständige Mehrung des Gemeinwohls zu sorgen. Die Finanzwirtschaft soll im Dienste der Realwirtschaft stehen, nicht umgekehrt. Nur so steht sie im Dienste der Bevölkerung.

Die Spekulationsblase bedroht die Realwirtschaft aller Länder. Durch die Bankenrettungen mit Steuergeldern (bail-out) und die Konfiskation der Spareinlagen der Bevölkerung (bail-in), wie es das Beispiel Zypern zeigt, wird die

Bevölkerung doppelt enteignet. Unsere Realwirtschaft kann nur funktionieren, wenn sie solide Geschäftsbanken als Partner hat.

Deshalb fordern wir ein echtes Trennbankensystem – eine strikte Trennung der spekulativen Bankaktivitäten auf der einen Seite, von den Geschäftsbankenaktivitäten und den Spareinlagen der Bevölkerung auf der anderen Seite.

Wir brauchen von Investmentbanken (für Spekulation) vollkommen getrennte Geschäftsbanken (für die Realwirtschaft). Nur so kann man die wertlosen Derivate beim Platzen der Spekulationsblase abschreiben, ohne dass dabei die volkswirtschaftlich wichtigen Geschäftsbanken mit in den Abgrund gerissen werden. Man unterzieht die Investmentbanken einem ordentlichen Konkursverfahren. Dann gibt es keine „too-big-to-fail“-Banken mehr, die gerettet werden müssen.

Historisches Vorbild dafür ist das **Trennbankensystem Glass-Steagall**, das seinerzeit durch den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt zur Bewältigung der Finanzkrise von 1929 eingeführt wurde. Als nächstes stellt sich die Frage, wie man die Realwirtschaft inmitten einer globalen Finanzkrise ankurbeln

kann. Wie kann sichergestellt werden, dass unsere Unternehmen weiterhin innovativ sind? Wie kann der Staat die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellen? Wie kann der Service Public finanziert werden?

Unsere Nationalbank muss wieder eine richtige Nationalbank im Besitz des Schweizer Volkes werden.

Sie muss, wie in der Verfassung verankert, wieder die Kontrolle über die Geldschöpfung erlangen.

Eine echte Nationalbank kann Kredite für grosse Infrastrukturprojekte von nationalem Interesse bereitstellen und diese an die produzierende Industrie und KMUs verleihen. So hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland massgeblich zum Wirtschaftswunder beigetragen. Die Kredite an die Privatindustrie im Allgemeinen werden weiterhin von unabhängigen, nunmehr vor Spekulation geschützten Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt. Diesen Weg beschreiten derzeit die sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die mit ihren Verbündeten rund die Hälfte der Menschheit repräsentieren.

Die Zeit der Dominanz des anglo-amerikanischen Finanzkasinos ist abgelaufen. In dieser sich neu ordnenden, multipolaren Welt gibt es keinen Grund für unser Land, sich dem Druck dieses Finanzimperiums länger zu beugen. Dies hat die neue griechische Regierung bereits verstanden.

Christoph Pfluger **Vollgeld:** Der Königsweg zu sicherem Geld und zum Abbau der Schulden.

Schon bald acht Jahre dauert die Finanzkrise. Nicht nur ist immer noch keine Lösung in Sicht, die Massnahmen scheinen die Probleme sogar zu vergrössern. Der Eindruck täuscht nicht: Acht Jahre Rettungen und Sparmassnahmen haben die Finanzwelt unsicherer und ungerechter gemacht. Hinter der Komplexität des Finanzwesens, die fast alle Bürger, die meisten Politiker und sogar viele Banker überfordert, liegt ein einfacher Grund: Unser Geld besteht zu rund 85 Prozent aus Schulden. Und dieses «Geld» wird von den privaten Banken selbst hergestellt.

Der Mechanismus ist so simpel, dass man ihn fast nicht wahrhaben will: «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite vergeben», schreibt die Nationalbank auf Seite

19 ihrer Broschüre «Die Nationalbank und das liebe Geld». In der Tat: Die Banken verleihen nicht das Geld ihrer Sparer – diese behalten es nämlich –, sondern schöpfen bei der Kreditvergabe neues virtuelles Geld, das sie dem Kreditnehmer ins Konto schreiben, womit dieser dann seine Rechnungen bezahlen kann. Die Zahl auf dem Konto funktioniert also wie richtiges Geld und wird auch offiziell zur Geldmenge gezählt.

Der Vorgang ist nicht nur rechtlich problematisch – denn gemäss Artikel 99 der BV ist das Geldwesen Sache des Bundes – er ist auch ökonomisch höchst fragwürdig. Mit der Geldschöpfung durch den Kredit erhöhen die Banken nämlich die Geldmenge um einen entsprechenden Betrag; sie verlangen aber mehr zurück, nämlich Kredit plus Zins und Zinseszins. Diese zusätz-

lichen Mittel befinden sich aber noch nicht in der Geldmenge. Sie müssen erst noch geschaffen werden – natürlich über weitere Kredite. Man bezahlt also Schulden mit noch mehr Schulden und so weiter. Weil die Schulden dank des Zinses immer schneller wachsen als die Geldmittel, sind heute sämtliche Staaten, auch die «reichen» wie die Schweiz, ausnahmslos hoch verschuldet. Gemäss neuestem Schuldenbericht von McKinsey lagen die globalen Schulden von Staaten, Firmen und privaten Haushalten Ende 2014 bei 199 Billionen Dollar, dreimal so viel wie das weltweite Brutto Sozialprodukt.

Damit die Welt unter dieser Schuldenlast nicht zusammenbricht, pumpen die Zentralbanken der USA, Japans und der Eurozone abwechselungsweise riesige Geldmengen in die Finanzwirtschaft. Aber das viele Geld erreicht die Realwirtschaft nie, dort wo die meisten von uns ihr Brot verdienen. Im Gegenteil: Die hohen Profitraten in der Finanzwirtschaft setzen die Realwirtschaft unter Druck – Auslagerungen, Umweltzerstörung und wachsende Armut sind die Folge.

Ausnahmsweise ist guter Rat nicht teuer, sondern profitabel:

Die Vollgeld-Initiative, zu der gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden, verlangt, das Geldschöpfungsprivileg wieder allein der Nationalbank zu übertragen und die Banken dazu zu verpflichten, Kredite nur noch mit Geldern zu vergeben, die ihnen von den Sparern zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Die Bezeichnung «Vollgeld» bezieht sich auf die Tatsache, dass unser Geld nicht mehr aus Krediten besteht, sondern aus gesetzlichem Zahlungsmittel, aus Nationalbankgeld, das durch die volkswirtschaftliche Produktion gedeckt ist. Unsere Sparguthaben sind unter dem neuen Regime auch nicht mehr durch Bankpleiten gefährdet – der Schweizer Franken würde zur sichersten Währung der Welt. Aber nicht nur das:

Mit der Vollgeld-Reform könnten wir auch die Staatsschulden vollständig abbauen.

Mit der Umstellung auf Vollgeld verwandeln sich nämlich unsere Bankguthaben – eine Schuld der Banken an uns – in eine Schuld der Banken an die Nationalbank. Die Tilgung dieser Schuld ermöglicht dann die Rückzahlung der öffentlichen Schulden.

Natürlich braucht die Nationalbank klare Regeln für die Schöpfung neuen Geldes. Idealerweise muss sich die Geldschöpfung am Bruttoinlandprodukt orientieren. Ein Wachstum von zwei Prozent, was rund zehn Milliarden entspricht, würde dann zu zehn Milliarden schuld- und zinsfreien Geldes führen, das über die staatlichen Organe oder sogar die Bürger

selbst direkt in die Volkswirtschaft fliessen kann – ohne inflationäre Wirkung.

Die Vollgeld-Reform ist ein grosser Schritt, den vielleicht nicht alle wagen.

Wer zurückhaltend ist, kann es machen wie Sergio Rossi, Professor für monetäre Ökonomie an der Universität Freiburg. Er hat die Initiative unterschrieben, damit endlich eine öffentliche Debatte über das Privileg der Geldschöpfung stattfindet.

Christoph Pfluger ist Herausgeber der Zeitschrift Zeitpunkt (www.zeitpunkt.ch), die sich seit 24 Jahren mit Fragen der demokratischen Umgestaltung unseres Geldsystems befasst. Er hat am 6. September vor dem Verein Bürger für Bürger einen Vortrag gehalten, an dem sich der vorliegende Text orientiert.

Weitere Informationen: www.vollgeld-initiative.ch

Souveräne Staaten brauchen nationale Währungsräume.

Ivo Muri, Sursee Unternehmer und Zeitforscher, www.zeitag.ch

Es gibt keine Schweiz ohne Schweizer Franken, so wie es kein Deutschland ohne deutsche Mark und kein Griechenland ohne griechische Drachme gibt. Der Zerfall des EURO lehrt uns: Wer nationale Währungsräume abschafft, schafft die eigene Volkswirtschaft ab und über die Zeit dann auch das eigene Volk. Einige Politiker und Wirtschaftsführer fordern genau dies: Die Schweiz soll zur Lösung des Wechselkursproblems den Franken abschaffen und den EURO übernehmen. Erkennen sie nicht, dass sie damit die Abschaffung der Schweizer Souveränität fordern? Viel klüger wäre es doch, den Bundesrat zu beauftragen, den Kurs Richtung EU zu beenden. Verbünden wir uns

doch mit Nationen wie Italien, Irland und Griechenland und fordern wir unsere nationalen Währungsräume zurück, statt den bereits verstorbenen EURO weiterzuführen. Die Sintflut des EURO ist das Problem – nicht die Lösung. Scheitert der EURO, dann lebt Europa mit einer EFTA trotzdem weiter. Der EURO ist für alle Europäer und die Schweiz ein Gefängnis. Dieses Gefängnis dürfen wir im Interesse aller Nationen aufheben. Es gibt keine Freiheit des Menschen ohne die Souveränität der Nationen. Und Nationen sind nur souverän, wenn sie eine eigene Währung besitzen. Ein Währungsraum ist wie eine Art Hedgefond (Hedge = Zaun = Landesgrenze),

in dem sich die arbeitende Bevölkerung eines Landes über den politischen Prozess vor konjunkturellen Risiken aller Art absichern kann. Fällt der nationale Währungsraum, dann fällt die nationale Souveränität. Für die Schweiz würde dies bedeuten: Es fällt das Schweizer Bürgerrecht und die direkte Demokratie wäre abgeschafft. Sie spüren es: Die Frage der Währungspolitik, der Freizügigkeit und der Diskussion um den Wechselkurs zwischen EURO und Franken ist schicksalhaft für alle Nationen, denen die eigene Souveränität ein Anliegen ist. Das Problem heisst EU und EURO. Die Lösung heisst: EFTA und ein Europa mit nationalen Währungsräumen.

Gemeindefusionen – Kantonsfusionen:

Was ist Souveränität in der globalisierten Welt wert?

Oskar Jäggi, Wallisellen

Nichts. Wenigstens für den SP-Kantonsrat Ruedi Lais. In seiner 1.-August-Rede 2014 vor dem Höhenfeuer auf dem Tambel erteilte er unter dem Motto «Weniger Grenzen, mehr Vernetzung» den Bürgerinnen und Bürgern von Wallisellen eine weltmännische Lehrstunde:

«Nationalismus kann keine Lösung für die Probleme der Welt von morgen sein. Die Schweiz muss einen Grossteil der EU-Regeln einfach übernehmen, um ihr wirtschaftliches Überleben zu sichern. Der formell unabhängige Franken ist seit drei Jahren fix an den Euro gebunden (!). Die Schweiz hat bei der Formulierung neu geltender Regeln nichts

zu sagen. Auch in Gemeindeangelegenheiten müssen die Gemeindebehörden immer wieder neue überkommunale Vereine, AGs, Anstalten und Anschlussverträge erfinden: Spitex, Gemeindepolizei, Musikschule, Vormundschaft, Arbeitsamt, Zivilstandsamt gibt es nicht mehr autonom in Wallisellen. Zu all dem haben wir als Stimmbürger nichts mehr zu sagen. In einer grösseren Einheit wäre auch die demokratische Mitsprache bei allem, was uns wichtig ist, wieder möglich.»

Lais kämpft seit Jahren für die Glattalstadt. Ein Zusammenschluss der Gemeinden Dübendorf, Wangen-Brüttisellen, Wallisellen, Dietlikon, Opfikon-Glattbrugg, Rümlang, Kloten,

Bassersdorf mit über 100'000 Einwohnern. Die Grenzen zur Stadt Zürich werden länger, Vernetzung findet bei den Politikern und den Verwaltungsbürokraten statt – das Volk als Souverän verliert den Überblick und das Interesse am Gemeindegeschehen und ist nicht mehr in der Lage, demokratische Kontrolle über die politischen Vorgänge auszuüben. Also: schrankenloses Machtstreben nur bei Politikern und Verwaltungsbürokraten.

Der Souverän, die Bürgerinnen und Bürger, müssen entschlossen darauf bestehen, ihrem Willen wieder Geltung zu verschaffen. Die direkte Demokratie wird sich auch in einer globalisierten Welt durchsetzen!

Kapitulation der SNB-Anbindung an den EURO.

Bruno Ackermann, Adligenswil

Ende 2009 glaubte Obama durch Wirtschaftsstimuli und Rettungspakete eine, wie er meint, durch Bush verursachte, grosse Depression abzuwenden. Gläubige Gläubiger glaubten an ein nachhaltiges Wachstum. Die wirtschaftliche Situation besserte sich aber nicht, was vorauszusehen war. Im Gegenteil, über aggressive monetäre und fiskalische Stimuli versuchte man einen Ballon wieder aufzublasen, der voller Löcher ist. Die EU steht diesem Irrsinn in keiner Weise nach. Der Null-Zins sollte auch hier die Wirtschaft ankurbeln.

Die Schweiz lief mit. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die reflektierende Logik der EU-Befürworter uns traf. Im Sommer 2010 ging es dann los: «Nationalbank verliert Milliarden wegen Euro». «Der starke Franken hinterlässt tiefe Spuren!» Zum «aufgehellten Marktumfeld» gehörte, dass in Bezug auf Schrottpapiere von 1,3 Milliarden Gewinn statt von 19,2 Milliarden Verlust gesprochen wurde. Auch hier dieselbe Logik: Der Verlust wird zur «gewinnbringenden Hilfsaktion». Dass der «Wertzerfall der Einheitswährung» durch den Zukauf der SNB von über 100 Milliarden Euro «gemildert» werden kann, war genau so widersprüchlich, wie zu glauben, einen Fixer durch Abgabe von

Heroin von der Sucht befreien zu können. Der Verlust von 14,3 Milliarden überraschte nicht und konnte den minimalen Gewinnverlust der Schweizerischen Exportwirtschaft nicht ausgleichen. Den Rest von 1040 Tonnen Gold wiederum als «vergleichsweise hohen Goldbestand» zu bezeichnen, entsprach einer weiteren Mainstream-Logik der Schuldenwirtschaft.

Am 6. September 2011 war es dann endlich soweit. Die Unterwerfung unter das US-Bankendiktat zur Stabilisierung von Euro und Dollar fand statt: «SNB-Franken-Anbindung an den Euro!» Die NZZ ein Jahr später beschönigend: «Mindestkurs von € 1.20 zum Franken ein Erfolg». Auch hier: Die Anbindung an den sehr unsicheren Euro hat «in der Schweiz tätigen Unternehmen Planungssicherheit gegeben, Investitionen wurden wieder kalkulierbar». «Export trotz Schuldenkrise auf stabilem Niveau.»

Dann die bangen Fragen: «Was hat die Anbindung an den Euro tatsächlich gebracht?» «Welchen Preis zahlt die Schweiz?» «Um den Mindestkurs durchzusetzen, war die SNB gezwungen, massiv Euro zu kaufen.» Nach nur einem Jahr war man bei 490 Milliarden Schrott-Währungskäufen (Devisenreserven

tönt besser) gelangt (bei einem BIP von 586 Mrd.). Dann die Feststellung: «Sinkt der Wert der Fremdwährungen zum Beispiel um 10% (etwa bei Aufgabe des Mindestkurses), müsste die SNB einen Verlust von über 40 Mrd. Fr. verkraften». Nach Aufgabe des Mindestkurses fielen Euro und Dollar über 20%.

Dass Draghi als EZB-Chef dasselbe tun wird wie seine Goldman-Sachs-Kollegen von der Fed war voraussehbar. Dass Hildebrand es tat, war auch nicht überraschend. Unvorstellbar ist die politische Instinktilosigkeit in Bern. Für jeden weiterdenkenden «Laien» war vorauszusehen: Der Franken wird trotz Entwertung zur Fluchtwährung und bedingt weitere Devisenkäufe. Die Anbindung von 1.20 war nicht zu halten.

Am 15. Januar kam – viel zu spät – die Ablösung von der Planwirtschaft. Wir standen kurz vor dem Ruin! Dass der Kurs nun konsequent auf über einem Fr. 1.05 gehalten wird, zeigt, dass die Manipulationen seitens der SNB zu Gunsten der EU bzw. der USA verdeckt weiterlaufen. Der nächste Schritt politischer Auflösung wird die «Anbindung» an das transatlantische «Freihandelsabkommen» zwischen den USA und der EU sein.

Für eine Schweiz ohne Billag-Zwangs-Gebühren.

Olivier Kessler Co-Präsident des Komitees «Ja zur Abschaffung der Billag-Gebühren»

Die Billag-Gebühren sind ein nationales Ärgernis. Alle werden gezwungen, für etwas zu bezahlen, das sie unter Umständen gar nicht in Anspruch nehmen wollen oder können. Eine Volksinitiative – deren Unterschriftenbogen dieser Ausgabe beiliegt – strebt nun die Abschaffung dieser ungerechten Zwangsgebühr an.

Wem das Brot vom Bäcker nicht schmeckt, kauft bei einem anderen ein – oder verzichtet ganz auf Brot und isst stattdessen etwas anderes. Wem die Kinofilme in einem Kino nicht gefallen, geht in ein anderes – oder verzichtet darauf, die neuesten Filme zu sehen. Wem die Artikel der «NZZ» nicht mehr gefallen, abonniert eine andere Zeitung oder informiert sich anderweitig. Niemand würde auf die Idee kommen, eine Brot-, Kino- oder Zeitungsgebühr einzuführen, die jeden dazu zwingt, einen Pauschalbetrag für das Brot eines bestimmten Bäckers, Kinotickets eines bestimmten Kinos oder Zeitungen eines bestimmten Verlages zu kaufen.

Illegitimer Gebührenzwang

Was für andere Bereiche von Information und Unterhaltung, ja sogar für Überlebenswichtiges gilt, gilt in der Schweiz nicht für das Radio und Fernsehen. Hier wird jeder Haushalt gezwungen, eine jährliche Gebühr von CHF 462.40 zu bezahlen. Dies unabhängig davon, ob man an den Darbietungen Gefallen findet oder nicht.

Es mutet geradezu zynisch an, dass sich SRG-Chef Roger de Weck, der seinen Lohn aus Billag-Gebühren bezieht, jährlich über eine halbe Million auszahlen lässt, während Haushalte mit tiefem Einkommen jeden Rappen umdrehen müssen und trotzdem dem Gebühren-Zwang ausgeliefert sind. Sogar Blinden und Tauben sollen in Zukunft Gebührengelder aus der Tasche gezogen werden.

Jeder kennt seine Bedürfnisse und Wünsche selbst am besten. Es macht doch keinen Sinn, dass uns der Staat von aussen aufzwingen will, wie viel wir für unseren Radio- und Fernsehkonsum auszugeben haben. Das wäre in etwa so absurd, wie wenn der Staat für uns die Ehefrau oder den Ehemann auswählen würde. Nicht jeder ist bereit, jährlich mehrere hundert Franken seines hart erarbeiteten Einkommens dafür herzugeben, damit er die SRG-Programme in Anspruch nehmen kann. Die einen ziehen es vor, eine Zeitung zu lesen oder sich über das Internet zu informieren, die anderen lesen vielleicht lieber Bücher. Wieder andere würden ihr Geld am liebsten in eine Weiterbildung investieren oder mehr auf die hohe Kante legen können fürs Alter. So verschieden die Menschen, so verschieden die Präferenzen.

No-Billag-Initiative

Die kürzlich lancierte Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren

(Abschaffung der Billag-Gebühren)» will die Gebührenpflicht abschaffen und dafür sorgen, dass sich die SRG in Zukunft – wie jedes andere Unternehmen auch – selbst finanzieren muss. Ein oft gehörter Einwand gegen die Abschaffung der Billag-Gebühr lautet: «Wer zahlt es dann?» Die Antwort ist simpel: Entweder zahlen es die Werber. Dies hat den Vorteil, dass Konsumenten die Programme gratis konsumieren können. Oder aber die Konsumenten zahlen selbst für ein werbefreies Pay-TV-Programm.

Diese Variante eignet sich insbesondere für diejenigen, die sich ab den Werbeeinblendungen oder –unterbrechungen stören. Weiter ist zu überprüfen, ob tatsächlich eine genügend grosse Nachfrage nach den heutigen acht TV- und 18 Radio-Stationen besteht, welche angekündigt haben, in Zukunft weniger auf «Swissness» und dafür mehr auf «Europa» setzen zu wollen. Müssen die wirklich um jeden Preis aufrechterhalten werden?

Unterstützen auch Sie die Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren mit Ihrer Unterschrift oder einer Spende zur grösseren Verbreitung des Unterschriftenbogens mittels angehefteten Einzahlungsscheins.

Unter www.nobillag.ch können auch weitere Unterschriftenbogen bestellt werden.